

Was uns bewegt



FRANZISKA TROST
franziska.trost@kronenzeitung.at

Tag gegen Hetze

„Lass die Menschen reden, was sie wollen. Du weißt ja die Art des ganzen Geschlechts, dass es lieber beunruhigt und hetzt, als tröstet und aufrichtet.“ Man ist ja nicht oft geneigt, dem großen Dichter Johann Wolfgang von Goethe zu widersprechen, aber über Hetze und Hass hinwegzuhören hat sich in der Geschichte noch nie als besonders gut erwiesen. Und Goethe hatte ja auch noch keine Ahnung davon, wie dereinst die Hetze als Tornado durch eine vernetzte Internetwelt wüten wird.

Um eben genau diese Flut an „Hatespeech“ nicht auf die leichte Schulter zu nehmen, hat die UNO vor einigen Jahren am 18. Juni den Internationalen Tag für die Bekämpfung von Hetze ins Leben gerufen. Umso wichtiger in einer Zeit, in der sich die Gewalt der Worte immer öfter in Taten ihren Weg bahnt.

Es ist ein Tag, an dem nicht einfach nur auf Hass im Netz und seine Folgen aufmerksam gemacht werden soll – sondern an dem auch an die moralische Pflicht jedes Einzelnen von uns appelliert wird. An die Zivilcourage, Menschen eben nicht alles reden zu lassen, was sie wollen. Aufzustehen gegen Hetze, einzustehen für die Mitmenschlichkeit – und lieber andere aufzurichten als hasserfüllt runterzumachen.

Das wäre auch sicherlich in des Dichters weisem Sinne, der immerhin ebenso – recht anschaulich – über den menschlichen Hass urteilte: Er „gleicht einer Krankheit, dem Miserere, wo man vorne herausgibt, was eigentlich hinten weg-sollte“.

AKH-Zwischenlösung

Groß wurde bei der Schließung des Böhler-Spitals angekündigt, dass die Belegschaft im AKH weiterarbeiten wird. Das ist Geschichte. Horrende Kosten führen zu einer neuen Notlösung für die erste Notlösung.

Erst Mitte Mai nahm im AKH die Ersatz-Intensivstation für das geschlossene Lorenz-Böhler-Spital ihren Vollbetrieb auf. Doch kaum dass die letzten Geräte aufgebaut sind, müssen sie schon wieder abgebaut werden: Der AUVA-Verwaltungsrat hat „beschlossen, die Kooperation über den 30. Juni hinaus nicht mehr zu verlängern“, wie es in einem internen Schreiben heißt.

Als die AUVA im Februar die überfallsartige Schließung des Böhler-Spitals bekannt gegeben hatte, wurde das AKH als Ausweichquartier noch in den höchsten Tönen gepriesen: Drei Akut-Operationen pro Tag würde man so „kompensieren“, wurde versprochen. Es sollte nie dazu kommen.

Ab dem 1. Juli werden die von uns genutzten Flächen geräumt. Wir verstehen, dass diese Nachricht nach den vergangenen Monaten nicht erfreulich ist.

Internes Mitarbeiterschreiben der AUVA an die Belegschaft des Lorenz-Böhler-Spitals

Erst als alles beschlossen war, dämmerte den Verantwortlichen, wovor die Böhlerianer von Anfang an gewarnt hatten – nämlich, dass sie aus dienstrechtlichen Gründen nicht einfach im AKH drauflosoperieren dürfen. Was blieb, waren eine Normalstation und eine Intensivstation, in der Böhler-Pflegekräfte AKH-Patienten versorgten.

Was in der AUVA offenbar nicht bedacht wurde: Die Nutzung der AKH-Infrastruktur, vom Latexhandschuh bis zum Essen für Patienten, war trotzdem zu bezahlen. Die erste Rechnung des AKH an die AUVA soll nun siebenstellig ausgefallen sein – und der AUVA-Verwaltungsrat zog die Notbremse.

Böhlerianer weiter zu Wanderschaft verdammt

Abgesehen von den verschwendeten Kosten für die Übersiedlung, folgt nun eine weitere Notlösung: Das Personal wird vom AKH in das Meidlinger AUVA-Spital abkommandiert. Die Böhlerianer sehen sich dort schon im Sommer durcharbeiten, während die Stammbesetzung urlaubt. Für den OP-

für Böhler hielt nur einen Monat



Die Partnerschaft zwischen AKH und Böhler-Spital stand von Anfang an unter keinem guten Stern. Nun folgte der Bruch.

Betrieb gilt das auf jeden Fall: Trotz des Versorgungsengpasses halten die Meidlinger an ihrer OP-Sperre im Sommer fest. Zeitgleich sollen jedoch im Böhler-Spital

wieder Operationssäle samt tagesklinischer Betreuung aufsperrten. Was aber wird mit Patienten passieren, die stationäre Behandlung brauchen? Zur Sicherheit war-

nen Böhlerianer die AUVA schon jetzt: Es tue frisch Operierten nicht gut, wenn sie nach einer Operation im Böhler-Spital eine Rettung nach Meidling brauchen,

nur um dort von der Böhler-Belegschaft gepflegt zu werden. Nach dem AKH-Debakel trauen die Böhlerianer der AUVA offenbar auch solche Ideen zu. Lukas Zimmer



JETZT LESEN!

Das aktuelle Krone-Magazin um nur € 5,90 in Trafik, Handel & Online.

+ Digital-Abonnenten mit Premium-Zugang lesen unsere Magazine kostenlos im Krone-ePaper.

Mit Krone-Bonus-Card um nur € 4,50 unter 05 7060-777 oder auf kronenvorteilswelt.at



Foto: Klemens Groh



Foto: Klemens Groh

⊕ Ärztekammer-Vize Natalja Haninger-Vacariu befürchtet einen Exodus von Ärzten aus den Wiener Spitälern.

Fünftel der Ärzte arbeitet Teilzeit

Mehr Geld für Ärzte, dafür weniger Nebenbeschäftigungen. Geht das?

Für jede Menge Wirbel sorgte das „Krone“-Interview mit Gesundheitsstadtrat Peter Hacker (SPÖ). Dieser will im Rahmen des zweiten Personalpakets die Privatordinationen für Ärzte in Wiener Kliniken verbieten. Das soll schon Ende des Jahres passieren. Der Deal: Höhere Gehälter, dafür keine Nebengeschäfte als Wahlarzt. Teilzeit außerhalb der Klinik wäre dann nur noch

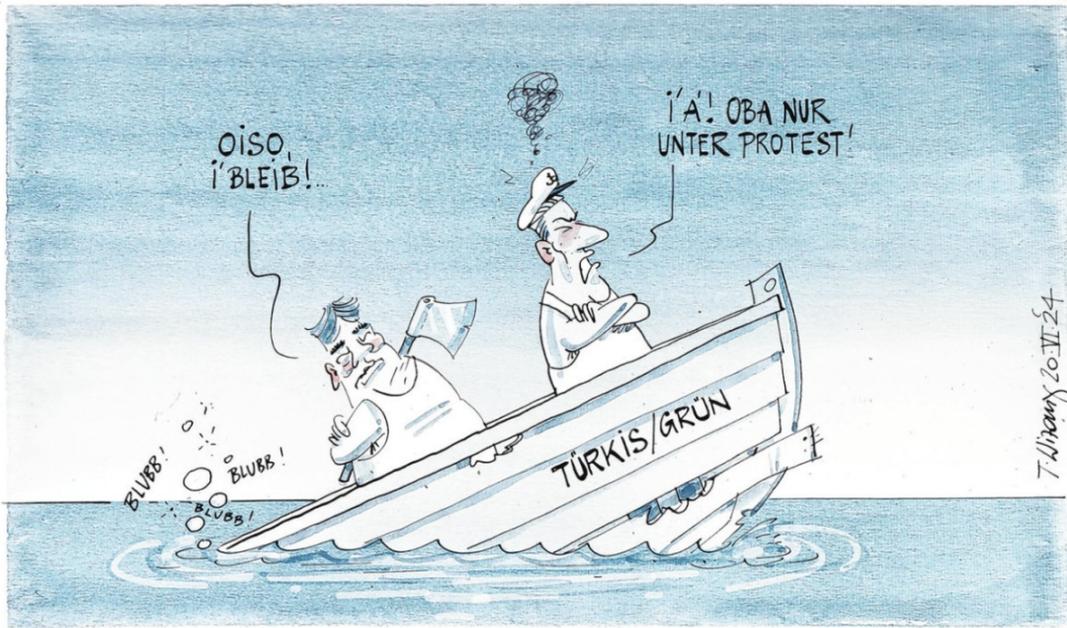
im öffentlichen Gesundheitssystem (entweder im Spital oder in Primärversorgungszentren) möglich. Der Aufschrei war groß.

Natalja Haninger-Vacariu, Kurienobfrau der angestellten Ärzte in Wien: „Es ist zu befürchten, dass sich viele Kollegen entweder gegen das Spital als Arbeitsplatz entscheiden oder in Spitälern anderer Bundesländer beziehungsweise ins Ausland abwan-

dern.“ Die Ärztekammer befürchtet also einen Exodus der Mediziner.

Wie viele Spitalsärzte wären in Wien davon betroffen? Der kürzlich vorgestellte Personalbericht des Wiener Gesundheitsverbundes gibt Auskunft. Von den 1825 Fachärzten arbeiten mittlerweile 399 nur noch Teilzeit im Krankenhaus. Das sind knapp 22 Prozent. Und der Trend geht zu mehr Teilzeit. Im Vergleich: 2019 waren es nur 17 Prozent.

Schon jetzt stellt das den Wige vor Herausforderungen bei der Erstellung von Diensträdern. Man räumt aber auch ein, dass Teilzeit ein wichtiges Instrument der Mitarbeiterbindung sein. Es wird ein heißer Verhandlungssommer. Ph. Stewart



Die zwei Nichtschwimmer ...

WWW.SN.AT/WIZANY

Wer hätte das gedacht: Lob für die Regierung!

Beschämend, peinlich, ein Krampf: Über die schwarz-grüne Regierung ergießt sich derzeit viel Häme. Umso mehr fällt auf, dass ein kritischer Geist die Regierung lobt. Fiskalrats-Präsident Christoph Badelt ist hoch erfreut darüber, dass ÖVP und

Molterer („Es reicht!“) die Koalition mit der SPÖ aufkündigte, wurden im freien Spiel der Parlamentskräfte Wahlzuckerl beschlossen, die bis heute über 15 Mrd. Euro gekostet haben.

Badelt weiß wegen der klammen Budgetlage zu gut, dass sich Derartiges nicht wiederholen darf. Er weiß aber auch, dass man wahlwerbenden Parteien nie trauen sollte. Weshalb er allen ins Stammbuch schrieb, dass die nächste Regierung gezwungen sein werde, mit einem Sparpaket zu starten. Die verdeckte Botschaft an die Wählerschaft könnte nicht klarer sein: Glaubt keines der teuren Versprechen dieser Tage. Sie sind nicht umsetzbar.

GLOSSE Hermann Fröschl

Grüne weiterarbeiten und den Konflikt um das Renaturierungsgesetz nicht für ein Koalitionsende nutzen. Badelt weiß aus leidvoller Erfahrung, dass vorzeitige Regierungsaufösungen den Steuerzahler teuer zu stehen kommen. Als 2008 Willi

Vorstöß gegen Wahlärzte sorgt für Diskussion

Die ÖÄK stemmt sich gegen Einschnitte für Wahlärzte. In Salzburg sieht man keinen Bedarf.

HILDE MAYER

WIEN. Als „vollkommen sinnlos“ bezeichnete Ärztekammerpräsident Johannes Steinhart die aktuelle Diskussion um mögliche Einschränkungen im Wahlarztssystem am Mittwoch. Bereits am Wochenende hatte der Wiener Gesundheitsstadtrat Peter Hacker (SPÖ) angekündigt, die Praxis, dass Ärztinnen und Ärzte nur wenige Stunden im Spital und den Rest der Zeit in der Privatordination arbeiten, zum Jahreswechsel einschränken zu wollen. Wer Teilzeit im öffentlichen System arbeite, sei diesem auch verpflichtet, sagte Hacker. Unterstützung erhält er von der Österreichischen Gesundheitskasse (ÖGK). Sinnvoll sei eine solche Änderung aber nur, wenn sie auf Österreich ausgeweitet würde, da sonst die Abwanderung in andere Bundesländer drohe, merkte ÖGK-Obmann Andreas Huss an.

Umso deutlichere Fragen wirft der Vorstoß bei der Ärztekammer

auf. Die erzwungene Einschränkung der Berufsfreiheit würde Ärztinnen und Ärzte dazu verleiten, ihre Jobs im Krankenhaus aufzugeben und folglich nur mehr als Wahlarzt zu arbeiten, statt das System zu stärken, sagte Präsident Steinhart. Und auch an den Auswirkungen der geplanten Maßnahmen äußert die Ärztekammer Zweifel. Denn nur ein Prozent der beim Wiener Gesundheitsverbund angestellten Ärztinnen und Ärzte arbeite weniger als zehn Stunden, betonte die Kurien-



„Diskussion ist vollkommen sinnlos.“

Johannes Steinhart,
ÖÄK-Präsident

obfrau der niedergelassenen Ärzte in der Ärztekammer Wien, Naghme Kamaleyan-Schmied. Fünf Prozent arbeiteten zwischen zehn und zwanzig Stunden, viele davon seien Frauen mit Betreuungspflichten. Statt Druck auf diese Gruppe auszuüben, müsse man sich um Wege bemühen, das Kassensystem attraktiver zu gestalten, so Kamaleyan-Schmied.

Aus dem Büro von Gesundheitsstadtrat Hacker heißt es auf Nach-

frage, dass man von deutlich mehr Betroffenen ausgehe. In Wien beobachtet man, dass der niedergelassene kassenärztliche Bereich in den vergangenen zehn Jahren drastisch geschrumpft sei, während sich die Zahl der Wahlärzte nahezu verdreifacht habe. Als einer von vielen Bausteinen wolle man durch die Einschränkung der Wahlärzte die Versorgungswirksamkeit des öffentlichen Gesundheitssystems steigern, wird betont.

Konkrete Zahlen zu der Frage, wie viele Ärztinnen und Ärzte österreichweit von den Einschränkungen betroffen wären, liegen der Ärztekammer nicht vor. Anders als in Wien sieht man in Salzburg keinen Bedarf für eine Neuerung: „Bei uns ist das kein Thema, denn nicht einmal ein Zehntel der Salzburger Spitalsmediziner hat nebenbei eine Privatpraxis“, sagt Gesundheitslandesrätin Daniela Gutsche (ÖVP). Der Großteil der Ärzte arbeite Vollzeit im Krankenhaus, eine Konkurrenzierung des Arbeitgebers sei per Dienstanweisung ohnehin verboten: „Das ist eine wichtige Voraussetzung und vielleicht auch ein Unterschied zu anderen Bundesländern.“ Auch in der Steiermark sieht man die Pläne kritisch. „Die Situation in Wien ist mit jener bei uns nicht zu vergleichen“, heißt

es auf Anfrage von Landesrat Karlheinz Kornhäusl (ÖVP).

Um die Ordinationen zu stärken, legte die Ärztekammer am Mittwoch selbst umfassende Forderungen vor. Aktuell seien mehr als 250 Kassenstellen unbesetzt und die Besetzung werde immer schwieriger, sagte ÖÄK-Präsident Steinhart. Um diesem Trend entgegenzuwirken, fordert die Ärztekammer unter anderem die Umsetzung eines österreichweit einheitlichen Leistungskatalogs durch eine ausreichende Finanzierung der Sozialversicherung. Die Pläne würden bereits vorliegen und müssten nun auch umgesetzt werden. Zu den zentralen Forderungen der ÖÄK zählen auch das Recht auf Medikamentenausgabe in Ordinationen, die Weiterentwicklung des Impfprogramms sowie eine „E-Health-Milliarde“ für den digitalen Ausbau.

Umfrage

Wenden Sie sich an eine Wahlärztin, einen Wahlarzt?
www.SN.at/umfrage



KURZ GEMELDET

Ministerin Zadić erwartet ihr zweites Kind

WIEN. Justizministerin Alma Zadić (Grüne) ist mit ihrem zweiten Kind schwanger. Das teilte sie am Mittwoch via Instagram mit. Nach Angaben ihrer Sprecherin wird sie die Amtsgeschäfte ganz normal weiterführen. So hatte es Zadić schon bei ihrem ersten Kind gehalten. Der Geburtstermin ist im Dezember. SN, APA

Neues Bündnis will FPÖ in Regierung verhindern

WIEN. Die Verhinderung einer FPÖ-Regierungsbeteiligung hat sich das neu gegründete zivilgesellschaftliche „Bündnis für Demokratie und Respekt“ zum Ziel gesetzt. Gelingen soll dies mittels eines „personalisierten Schneeballsystems“, erklärte Bündnissprecher und Ökonom Stephan Schulmeister am Mittwoch. Dafür stellt man auf einer Homepage Informationen bereit, mit denen allen voran FPÖ-Sympathisanten zum Umdenken bewegt werden sollen. Unterstützt wird das Vorhaben auch von Liedermacher Ernst Molden und Anna Wall-Strasser, der Vorsitzenden der Katholischen Arbeitnehmerbewegung (KABÖ). SN, APA

14 Donaustaaten treffen sich in Wien

WIEN. Außenminister Alexander Schallenberg (ÖVP) empfängt am Donnerstag Vertreter der 14 Donaustaaten. Erwartet werden Regierungsmitglieder aus Bosnien-Herzegowina, Bulgarien, Kroatien, Montenegro, Slowakei, Tschechien, Moldau und Serbien, aus Deutschland, Rumänien, Slowenien, Ungarn und der Ukraine. Auch EU-Kommissar Johannes Hahn wird erwartet. Das Ziel: die Unterzeichnung einer „Donau-Erklärung für einen Donaauraum der Sicherheit und des Wohlstands“. SN, APA

Kogler: „Wir sind ja nicht im Kindergarten“

Koalition: Laut Grünen läuft alles normal weiter, SPÖ für Verbot von Veranstaltungen in Ministerien.

WIEN. Der grüne Vizekanzler Werner Kogler gibt sich trotz des veritablen Krachs mit der ÖVP zuversichtlich, noch weitere Projekte gemeinsam umzusetzen. „Es wird was weitergehen“, versicherte Kogler im Interview mit der APA. „Wir sind ja nicht im Kindergarten (...), wo man sich beleidigt zur Seite dreht.“

Auch eine künftige Regierungsbeteiligung hat er noch nicht aufgegeben – mit Leonore

Gewessler im Team. Dass die Grünen mit dem Ja zum Renaturierungsgesetz auf EU-Ebene für ein Wahlkampfmanöver die Regierung riskiert hätten, wies Kogler zurück: „Wir haben nach bestem Wissen und Gewissen abgewogen. Es war für die Natur eine lebenswichtige Entscheidung, und zwar für ganz Europa“, betonte er. Die Zusammenkunft beim wöchentlichen Ministerrat haben ÖVP und Grüne diese Woche ausgelassen. Ob es noch

gemeinsame Auftritte geben werde? Kogler: „Davon gehe ich aus. Wir haben gut zu tun.“

SPÖ-Chef Andreas Babler hingegen wirft der schwarz-grünen Koalition „Arbeitsverweigerung“ vor. Er sprach am Mittwoch von einem „unwürdigen Schwebezustand zwischen Koalition und Nichtkoalition“. ÖVP-Chef Karl Nehammer warf er nicht nur vor, Gewessler „politisch entmündigt“ und Österreich international blamiert zu ha-

ben, sondern auch, dass er nur deshalb der Koalition kein endgültiges Ende bereitet habe, weil er die Ministerien noch für „Wahlpropaganda“ nutzen wolle. Die SPÖ forderte daher ein Verbot von Großveranstaltungen und Umfragen der Ministerien im Wahlkampf. Nicht äußern wollte sich Babler zur jüngsten Kritik von SPÖ-Chef Georg Dornauer an seinen Parteifreunden in Wien und Kärnten, die Gewessler Alleingang ermöglicht hatten. SN

Nebenbeschäftigungsverbot. Wer nur Teilzeit in einem Spital angestellt ist, soll nicht zusätzlich als Wahlarzt arbeiten dürfen. Rechtlich ist diese Vorgabe möglich, allzu realistisch ist ihre Umsetzung aber nicht.

Wahlärzte: So realistisch ist Peter Hackers Vorstoß

VON KÖKSAL BALTACI

Wien. Die Ankündigung ist nicht neu, nur diesmal hat sie Wiens Gesundheitsstadtrat, Peter Hacker (SPÖ), mit einem konkreten Termin versehen - und zwar mit dem Jahreswechsel. Ab dann sollen nämlich Ärzte, die nur einige Stunden in einem Gemeindespital angestellt sind, nicht mehr nebenher eine Wahlarztordination betreiben dürfen. „Zehn Stunden im öffentlichen Spital und den Rest in der Privatordination, das wird es in Zukunft nicht mehr geben“, so Hacker in der „Kronen Zeitung“. Rechtlich wäre ein solches Nebenbeschäftigungsverbot jedenfalls kein Problem. Leicht umzusetzen ist es dennoch nicht - sonst wäre es schon früher passiert. Der Ärztemangel im öffentlichen System ist schließlich kein neues Phänomen.

1 Was genau soll Stadtrat Peter Hacker zufolge ab 2025 anders werden?

Konkret sagte Hacker, der am Wochenende zunächst für keine Stellungnahme erreichbar war, in der „Krone“: „Wir verhandeln gerade mit der Personalvertretung im Rahmen des zweiten Personalpaketes. Die Intention ist unmissverständlich. Ich habe nichts gegen Wahlärzte, ich bin auch keinem böse, wenn er Wahlarzt wird. Wer aber Teilzeit im öffentlichen Gesundheitssystem arbeitet, der ist diesem Gesundheitssystem auch verpflichtet. Also man kann 20 Stunden im Spital arbeiten und 20 Stunden von mir aus in einem Primärversorgungszentrum. Aber zehn Stunden im öffentlichen Spital und den Rest in der Privatordination, das wird es in Zukunft nicht mehr geben.“

Soll heißen: Wer in einem Spital angestellt ist, soll nur dann zusätzlich in einer Ordination arbeiten dürfen, wenn es sich dabei um eine Kassenordination bzw. um eine Primärversorgungseinheit (PVE) handelt. Wer zusätzlich eine Wahlarztordination betreiben will, soll das nur bei einer Vollzeitstellung machen dürfen. Diesen Standpunkt vertritt Hacker schon seit Längerem, auch gegenüber der „Presse“ hat er ihn bereits ausgeführt.

Relevant an diesem Vorstoß ist aber in erster Linie das Nebenbeschäftigungsverbot für Wahlärzte, denn nur ein Bruchteil der Spitalsärzte betreibt nebenher eine Kassenordination. Aus zwei Gründen: Zum einen müssen Kassenärzte mindestens 20 Stunden in der Woche geöffnet haben, zum anderen dürfen sie höchstens zehn Stunden pro Woche in einem Spital angestellt sein. 20 Wochenstunden Mindestöffnungszeit bedeuten eine tatsächliche Arbeitszeit von 40 bis 60 Stunden, denn irgendwann müssen ja auch administrative Tätigkeiten durchgeführt und Befunde ausgewertet werden.

Abgesehen davon, dass eine Zehn-Stunden-Anstellung in einem Spital für kaum jemanden interessant ist, bleibt also gar keine Zeit für eine zusätzliche Tätigkeit. Für Wahlärzte hingegen gelten keine dieser Beschränkungen. Auch unter ihnen ist im Übrigen kaum jemand nur zehn Stunden in einem Spital angestellt, üblicherweise haben sie 20- oder 30-Stunden-Verträge.

2 Ist die Umsetzung dieser Maßnahme in absehbarer Zeit auch realistisch?

Nein, denn: Sollte Hacker sein Konzept tatsächlich durchziehen, würden die meisten betroffenen Ärzte entweder ihre Wahlarztordination oder ihre Anstellung im Spital aufgeben und sich für eine Seite entscheiden - und dabei dem jeweils anderen Bereich fehlen. Ein kleiner Teil würde in ein anderes Bundesland bzw. ins benachbarte Ausland gehen oder die Ordination trotz Vollzeitstellung fortführen. In den Kassenbereich

wechselt jedenfalls so gut wie niemand.

Die Annahme, das könnte doch passieren, ist realitätsfern. Schließlich liegt der Hauptgrund für das Eröffnen einer Wahlarztordination nicht darin, dass es keine Alternativen gäbe, sondern ist das Erteilen einer Absage an die Arbeitsweise von Kassenärzten, auch bekannt als „Drei-Minuten-Medizin“ - also das rasche Durchschleusen von so vielen Patienten wie möglich in so kurzer Zeit wie möglich sowie die überbordende Bürokratie. Zudem sind 97 Prozent der Kassenstellen ohnehin besetzt. Welche verbliebenen Verträge sollen denn so vielen Ärzten plötzlich angeboten werden? Dieses Kalkül geht also unter den derzeitigen Voraussetzungen niemals auf.

Um junge Mediziner für das Kassensystem zu begeistern, gehören daher vor allem die Arbeitsbedingungen von Vertragsärzten geändert. Vorgaben bei den Öffnungszeiten müssten ebenso aufgehoben werden wie Beschränkungen bei zusätzlichen Anstellungen in einem Spital. Dringend notwendig ist auch die Reduktion des administrativen Aufwands einer Kassenordination. Nicht zuletzt braucht es mehr Kassenstellen und eine Reform des Honorarkatalogs, sodass Gespräche deutlich besser bezahlt werden und sich Ärzte mehr Zeit für sie nehmen können - was im Übrigen auch das Hauptmotiv von Patienten ist, diese aufzusuchen.

Vor dem Hintergrund des Fachkräftemangels, der angesichts des demografischen Wandels, der laufenden Pensionierungen der Babyboomer-Generation und dem generell zu beobachtenden Trend zu Teilzeitarbeit zugunsten der Work-Life-Balance noch weiter zunehmen wird, ist Gesundheitspersonal somit nicht erpressbar.

3 Wie fielen bisher die Reaktionen auf Peter Hackers Vorstoß aus?

Als „völlig inakzeptabel“ bezeichnet Johannes Steinhart, Präsident der Wiener und der Österreichischen Ärztekammer, Hackers Pläne. „Der Vorschlag des Stadtrates ist reine Showpolitik auf dem Rücken der Wiener“, so Steinhart. „Eine erzwungene Einschränkung der Berufsfreiheit wird noch mehr Ärzte für immer von den Spitälern wegtreiben.“ Bereits jetzt warte man beispielsweise in Wien schon mehr als sechs Monate auf eine HNO-Operation. Die Ärztekammer für Wien appelliere daher an Hacker, rasch in Gespräche zu treten. Steinhart: „Statt mit Verboten noch mehr Ärzte für Wiens Spitäler zu verlieren und die Versorgung der Bevölkerung zu gefährden, braucht es jetzt Konzepte, die unser Gesundheitssystem langfristig absichern. Wir stehen mit Vorschlägen bereit.“

Auch die Gewerkschaftsvertreter der Beschäftigten im Wiener Gesundheitsverbund und SPÖ-Parteifreunde Peter Hackers zeigten sich überrascht. Es habe dazu noch keine Verhandlungen gegeben, teilten Younion-Vorsitzender Christian Meidlinger und Edgar Martin, Vorsitzender des Team Gesundheit (Hauptgruppe II) in der Younion, in einer Aussendung mit. „Darüber wird erst im Sommer gesprochen.“ Man halte wenig davon, sich Verhandlungspositionen vorab über die Medien auszurichten.

Rückendeckung erhält Hacker hingegen von der Österreichischen Gesundheitskasse (ÖGK). Obmann und Arbeitnehmervertreter Andreas Huss sieht in dem Vorstoß einen „wichtigen Diskussionsbeitrag“. So eine Änderung sei aber nur dann sinnvoll, wenn sie für alle Spitäler in ganz Österreich gelten würde, denn sonst würden Ärzte in andere Bundesländer abwandern. Zudem müsse eine solche Maßnahme - wie in Österreich üblich - natürlich unter den Sozialpartnern verhandelt werden.



Der Wiener Gesundheitsstadtrat Peter Hacker. Clemens Fabry

Gewessler gibt grünes

EU. Trotz des Neins der Bundesländer wird die Ministerin am Montag für das Gesetz stimmen und riskiert damit eine schwere Krise in der türkis-grünen Koalition.

VON MARTIN FRITZL

Wien. „Im entscheidenden Moment will ich das Richtige tun und mich nicht verstecken.“ Umweltministerin Leonore Gewessler (Grüne) verkündete am Sonntagnachmittag auf einer eilig einberufenen Pressekonferenz ihre Entscheidung, wie sie am Montag beim Treffen der EU-Umweltminister in Luxemburg über das EU-Renaturierungsgesetz abstimmen wird.

Die Ministerin wird trotz aller rechtlicher Einwände dafür stimmen, denn: „Jetzt zu zögern, geht sich mit meinem Gewissen nicht aus.“ Sie habe sich diese Entscheidung nicht leicht gemacht, wolle aber „ein Signal der Entschlossenheit und des Mutes setzen“.

Die Entscheidung war im Vorfeld lange diskutiert worden. Denn eigentlich müsste die Umweltministerin entgegen ihrer Überzeugung das Gesetz ablehnen. Da das Renaturierungsgesetz stark in Angelegenheiten der Bundesländer eingreift, ist die Ministerin rechtlich an die Stellungnahme der Länder gebunden. Und die hatten das Gesetz in einem einstimmigen Beschluss abgelehnt. Das entspricht auch dem Standpunkt des Koalitionspartners, der ÖVP, die das Gesetz ablehnt, weil sie negative Auswirkungen auf die Landwirtschaft befürchtet. Auch die SPÖ-Landeshauptleute hatten sich dem angeschlossen.



Allerdings: Wien war im letzten Moment ausgesichert und hat sich doch noch für das Renaturierungsgesetz ausgesprochen. Die Frage, wie mit diesem Meinungsschwenk umzugehen ist, ist umstritten. Hebt Wien den einstimmigen Beschluss der Länder auf? Oder bedürfte es dafür eines neuerlichen Beschlusses der Länder? Bundeskanzler Karl Nehammer verwies auf Stellungnahmen des Verfassungsdienstes. Es gebe klare Regeln. „Ich gehe davon aus, dass die Ministerin die Verfassung einhalten wird, auf die sie angelobt ist.“ Auch pocht die ÖVP darauf, dass Konsens mit dem ebenfalls zuständigen Landwirtschaftsminister herzustellen wäre.

„Ich habe mit mir gerungen“, sagte Gewessler vor den Medienvertretern. Sie habe es sich nicht leicht gemacht, aber es sei klar gewesen: Wenn es einen Weg gibt, wie sie zustimmen könne, werde sie diesen auch beschreiten. In den letzten Tagen habe sie umfangreiche rechtliche Expertise eingeholt und tatsächlich eine



Wenn ich in 20 bis 30 Jahren mit meinen Neffen und Nichten spazieren gehe, möchte ich ihnen die Schönheit des Landes zeigen.

Leonore Gewessler
Umweltministerin

Karas tritt doch nicht mit eigener Liste bei der Nationalratswahl an

Parlament. Der Europapolitiker sieht zu wenig Gestaltungsmöglichkeiten - kann sich aber vorstellen, EU-Kommissar zu werden.

Wien. Lange Zeit hat es Gerüchte gegeben, der scheidende Vizepräsident des EU-Parlaments, Othmar Karas, könnte der ÖVP den Rücken kehren und im September mit einer eigenen Liste für den Nationalrat kandidieren. Diesem Plan erteilte Karas am Sonntag in der ORF-„Pressestunde“ eine Absage.

Er habe zwar sehr wohl über einen Antritt bei der Nationalratswahl mit einer eigenen Liste nachgedacht. Aber: Er mache nur Dinge, „die einen Sinn machen“ und die „eine Gestaltungsmöglichkeit haben“. Ergebnis der Beratungen sei gewesen, dass „zur Stunde diese Gestaltungsmöglichkeit nicht in einem ausreichenden Ausmaß gegeben“ sei. „Daher werden ich und mein Team bei der Nationalratswahl nicht antreten“, legte sich Karas nun fest. Ein Antreten hätte zu einer weiteren Zersplitterung der Parteienlandschaft geführt und die Regierungsbildung noch schwieriger gemacht.

Dem vorangegangenen war ein jahrelang angespanntes Verhältnis zwischen dem EU-Parlamentarier und der Parteispitze. Seit Sebastian

Karas die ÖVP übernommen hatte, war Karas immer wieder aus der Parteilinie ausgesichert und hatte öffentliche Kritik am Kurs der Bundespartei geübt.

Als EU-Kommissar bereit

Sein Verhältnis zur ÖVP sieht Karas trotz der Konfliktlinien weiter intakt: „Mitglied einer Partei zu sein, kann doch nicht bedeuten, dass man sein Hirn ausschaltet, keine eigene Meinung bildet.“

Karas könnte nun EU-Kommissar werden. Die Grünen stellen das in einem Sideletter zum Koalitionsvertrag vereinbarte Nominierungsrecht der ÖVP in Frage. Vizekanzler Werner Kogler begründete dies im Interview mit der „Presse am Sonntag“ damit, dass die Voraussetzungen für die Vereinbarung weggefallen seien - ohne anzuführen, was gemeint ist. Neos-Chefin Beate Meinl-Reisinger brachte Karas als Kandidaten ins Gespräch. Er zeigt sich interessiert: „Wenn es zu diesem Vorschlag käme, würde ich zur Verfügung stehen.“ (red./APA)

Vom richtigen Zeitpunkt

Das Leben mit der Kraft des Mondes



JOHANNA PAUNGGER UND THOMAS POPPE

@mond@kronenzeitung.at – www.krone.at/mondkalender
www.facebook.com/PaunggerPoppeOfficial

DONNERSTAG, 20. JUNI



SCHÜTZE

im zunehmenden Mond



Umtopfen



Heimwerken



Obstbaum schneiden



Problemwäsche



Fensterputzen



Malerarbeiten



Wärme- und Fruchttag
Nahrungsqualität: Eiweiß
Körperzone: Oberschenkel
und Venen

SONNENSCHUTZ

Alljährlich der vielleicht wichtigste Körperpflege-Tipp für den Sommer: Schließen Sie Freundschaft mit der Sonne, und setzen Sie sich ihren heilenden und lebensspendenden Strahlen nur so lange aus, bis die Haut „Genug!“ sagt. Das gilt besonders für die Tierkreiszeichen Waage, Löwe und Schütze. Nehmen Sie der Haut nicht die Stimme durch übermäßige Anwendung chemischer Schutz- und Bräunungsmittel. Diese Mittel betäuben nur Ihr natürliches Gespür. Schatten ist der beste Sonnenschutz, der zweitbeste sind biologische Sonnenschutzmittel für kurze Zeiten in der prallen Sonne.

Krone
INFO
WIEN, NÖ, BGLD

SPRUCH DES TAGES:

Wenn wir uns von unseren Träumen leiten lassen, wird der Erfolg all unsere Erwartungen übertreffen.
Henry David Thoreau

NAMENSTAG: Florentina, Adalbert

WICHTIGE TELEFONNUMMERN

☉ **KRONE-OMBUDSFRAU**
Mo. bis Fr. 10–15 Uhr: 05 7060/23436

☉ **GESUNDHEIT**
Ärztetel: 141
Zahnärzte: 01/512 20 78
Apothekendienst: 1450
Vergiftungen: 01/406 43 43
Telefonseelsorge: 142
Krebshilfe-Telefon: 01/408 70 48
Gesundheitsberatung (W, NÖ): 1450
Corona-Sorgenhotline Wien:
01/4000 5 3000

☉ **KRANKENTRANSPORTE**
Arbeiter-Samariter-Bund: 01/891 44
Johanniter-Unfall-Hilfe: 01/476 00-0
Rotes Kreuz: 52 144
Grünes Kreuz: 01/148 49

☉ **OPFERNOTRUF**
0800/112 112 (Kostenfreie Beratung)

☉ **FRAUENHELPLINE** gegen Gewalt
Beratung für betroffene Frauen,
Kinder, Jugendliche: 0800 222 555

☉ **STADT WIEN FRAUZENTRUM**
01/408 70 66

☉ **RAT AUF DRAHT**
Notruf für junge Menschen: 147

☉ **RECHTSBEISTAND**
nachts von 18 bis 8 Uhr:
0676/359 17 30 oder 31

☉ **TECHNISCHE GEBRECHEN**
Kanal: 01/4000/ 9300
Wasserrohr: 01/ 59 9 59-0

☉ **TIERE**
Notrufnummer des Tierspitals der Veterinärmedizinischen Universität:
250 77 DW 5555.
Tierrettung: 0662/830 745
Tiernotärzte Wien & Umgebung:
0699/12 22 33 36. – Tierschutz-Hotline
4000/80 60. – Wiener Tierkrematorium,
01/523 46 79 (0–24 Uhr)

☉ **WIEN ENERGIE-SERVICE**
0800/500 800
Störungsdienste (0 bis 24 Uhr)
Strom: 0800/500 600; Gas: 128
Fernwärme: 0800/500 751

☉ **EVN-SERVICE**
0800/800 100

☉ **NETZ BURGENLAND STÖRUNGEN**
0800/888 9009 (0 bis 24 Uhr)

☉ **ZAHLENLOTTO** 70 66 82 18 57
18. 06. 2024 (ohne Gewähr)

WASSERSTAND vom 19. 6.: Passau-Donau: 595, Engelhartzell: 502, Linz: 413, Mauthausen: 461, Ybbs: 354, Melk: 526, Kienstock: 409, Korneuburg: 384, Wildungsmauer: 394, Hainburg: 391, Salzburg: 281, Braunau: 569, Passau-Inn: 341, Wels: 190, Steyr: 279, Hohe- nau: 164. – Prognose für heute: Kienstock: wenig Änderung auf 400

„Brauchen eine moderne Versorgung“

Die niedergelassenen Ärzte fordern einen modernen Leistungskatalog – dafür mehr Geld.

Vom Spitalszwang hält Ärztekammer wenig.

In Österreich und insbesondere in Wien fehlen Kassenärzte. Alleine in der Bundeshauptstadt sind aktuell 37 Kassenstellen für Allgemeinmediziner und zwölf Stellen für Fachärzte unbesetzt. Die Österreichische Ärztekammer fordert daher mehr Mittel – für eine bessere Patientenversorgung (siehe Seite 2). Wenig anfangen können die Spitzen der Ärztekammer mit dem Vorschlag von Wiens Gesundheitsstadtrat Peter Hacker (SPÖ).

Zur Erinnerung: Hacker hatte in einem „Krone“-Interview angekündigt, die Privatordinationen von Wiener Spitalsärzten zu verbieten. Teilzeit und

Arbeit außerhalb der Klinik wäre dann nur noch im öffentlichen Gesundheitssystem möglich. Im Gegenzug werden dafür aber die Gehälter angehoben. Gesundheitskasse und Wiens Patientenanwalt Gerhard Jelinek stehen dem Vorschlag prinzipiell positiv gegenüber.

Die Ärztekammer läuft dagegen jetzt Sturm. Dietmar Bayer, Stellvertreter der Obmann der Bundeskurie niedergelassene Ärzte: „Wäre ich in der Steiermark mit so einer Ankündigung konfrontiert, dann würde ich sagen: ‚Danke, liebes Spital, das war’s.‘ Mit Zwang werden wir diese Situation nicht lösen.“ Und auch Wiens Vize-



Können Ärzte zum Dienst im Spital gezwungen werden? Ärztekammer-Vizin Kamaleyan-Schmied (re.) ist nicht begeistert.



Fotos: Klemens Groh

präsidentin Naghme Kamaleyan-Schmied sieht es ähnlich: „Wir kratzen hier nur an der Oberfläche, aber gehen nicht die großen Probleme an. Wir brauchen endlich einen modernen Leistungskatalog.“ Kamaleyan-Schmied rechnet

vor, dass die von Hacker angesprochene Regelung ohnehin nur ein Prozent der Spitalsärzte im Gesundheitsverbund betreffen würde. Das geht aus einer ÖVP-Anfragebeantwortung aus dem Vorjahr hervor. Lediglich 44 Ärzte arbeiten „nur“

zehn Stunden. Schlussfolgerung: „Für die Wiener hätte ein Arbeitszwang ohnehin nur wenig bis keine Auswirkungen.“ Man betont aber, dass es mehr Anreize brauche. Die Verhandlungen dazu laufen bereits. Philipp Stewart



Vor allem im Wiener AKH ist die Zahl der Sperren hoch

Diese Zahlen belegen, dass das Gesundheitssystem kurz vor dem Kollaps steht und Maßnahmen viel zu spät gesetzt wurden.

Wiens FPÖ-Chef Dominik Nepp



Foto: Klemens Groh

Bettensperren: Eine ganze Klinik ist für Patienten blockiert

Personalmangel, Infizierte, Reinigungen – Hunderte Betten in Wiens Krankenhäusern bleiben laut neuen Zahlen leer

Ein Patient benötigt dringend ein Spitalsbett, die Klinik hätte theoretisch viele frei, und dennoch gibt es keinen Platz darin für den Kranken – Alltag im Wiener Gesundheitswesen. Wenn ein Spital Betten sperrt, dann schon in spürbaren Dimensionen. Beispiel Wiener AKH im Jahr 2023:

☉ Tatsächliche Betten: 1386

☉ Gesperrte Betten: 321

Zählt man alle Bettensperren der Kliniken des Wiener Gesundheitsver-

bunds zusammen, kommt man im Vorjahr auf 1323 Stück. Das ist zusammerechnet eine komplette Klinik, die für Patienten nicht mehr zugänglich ist. Vor allem das AKH, die Klinik Hietzing (222 Sperren), Ottakring (253) und Donau- stadt (205) fallen in der Statistik besonders auf.

Die FPÖ befürchtet einen Zusammenbruch der Patientenversorgung und kritisiert naturgemäß die hohe Zuwanderung in das Gesundheitswesen.

Der zuständige Stadtrat

Peter Hacker (SPÖ) erklärt die Situation im „Krone“-Gespräch so: „Es werden immer wieder Betten gesperrt sein. Unter anderem, weil grundgereinigt oder desinfiziert werden muss.“ Er bringt folgendes Beispiel: Infektiöser Erkrankter liegt in Dreibettzimmer – schon müssen auch die anderen beiden Betten gesperrt werden. Beim Personalmangel sei man „noch nicht über den Berg“, aber den Gipfel würde man schon erkennen.

Michael Pommer

Andererseits



ANDREAS MÖLZER

Mit zweierlei Maß gemessen

Wir erinnern uns: Nach Ibiza im Frühling 2019 und dem Rücktritt des damaligen Vizekanzlers und FPÖ-Chefs Heinz-Christian Strache hat der Bundespräsident auf Antrag von Bundeskanzler und ÖVP-Chef Sebastian Kurz den damaligen Innenminister Herbert Kickl entlassen. Ein erst- und einmaliger Vorgang in der Zweiten Republik. Und warum? Wegen gar nichts, da Kickl mit den Vorgängen von Ibiza rein nichts zu tun hatte.

In unseren Tagen nun hat die grüne Umweltministerin Gewessler mutmaßlich gegen Gesetz und Verfassung verstoßen. Die Konsequenzen des Bundeskanzlers sind überschaubar und erschöpfen sich in zahllosen Klagen, die, wenn überhaupt, erst nach Jahren ausjudiziert sein werden.

EINERSEITS ist uns schon klar, dass die ÖVP die Koalition nicht platzen lassen wollte, weil das freie Spiel der Kräfte den Steuerzahler wohl Milliarden kosten würde und – viel wichtiger – weil man noch einige politische Spitzenjobs besetzen will.

ANDERERSEITS weiß der gelernte Österreicher, dass hier schlicht mit zweierlei Maß gemessen wird: Wenn es die Grünen betrifft, zeigt der türkise Koalitionspartner nur scheinbare Empörung. Und der Bundespräsident schweigt vornehm, handelt es sich doch um seine Gesinnungsgenossen. Man stelle sich vor, ein freierlicher Minister hätte Gesetz und Verfassung gebrochen.

Da hätten die anderen Parteien und die Medien mit Sicherheit eine Staatskrise gesehen.



Foto: Ö.Ä./Bernhard Noll

Ärzte fordern nun 6 Milliarden Euro

Ärzttekammer schickt dicken Forderungskatalog an Regierung

Derzeit sind 267 Kas- senstellen nicht be- setzt (166 Allgemeinme- diziner und 101 Fachärz- te). Das wird auch ein Thema der Zielsteue- rungskommission „kom- mende Woche. Die Ärz- tekammer ist am Verhand- lungstisch nicht vertreten, hat ihre Forderungen nun aber öffentlichkeitswirk- sam ausgerichtet. Die zentralen Punkte:

- Die Umsetzung eines einheitlichen Leistungs- katalogs samt ausreichen- der finanzieller Dotie- rung.
- Moderne kassenärztli- che Leistungen ohne Li- mitierungen bei den Be- handlungszahlen.

- Die Öffnung des Start- bonus von 100.000 Euro für alle offenen Kas- senstellen.

- Der flächendeckende Ausbau des Breitband- internets für die Anfor- derungen der Telemedizin.
- Das Recht auf Medika- mentenabgabe für alle Ärzte im Sinne der Pa- tientenversorgung.

Die Forderungen kom- men mit einem fetten Preisschild. Naghme Ka- maleyan-Schmied, Vize- chef der Bundeskurie: „Alleine in Wien brau- chen wir wegen des Zu- zugs eine zusätzliche Mil- liarde. Für Restösterreich wahrscheinlich das Fünf- fache.“ Philipp Stewart

„Gewessler hat

INTERVIEW Gegenüber der „Krone“ legt ÖVP-Bundeskanzler Karl Nehammer im Regierungsstreit mit den Grünen selbst nach

Krone: Herr Bundeskanzler, war das nicht absehbar, dass Leonore Gewessler das macht, was sie eigentlich angekündigt hat?

Karl Nehammer: Nein, ich gehe als Bundeskanzler einer Regierung schon davon aus, dass sich die Ministerinnen an die Verfassung und an das Recht halten. Und nicht, dass man Ideologie und einen populistischen Aktionismus miteinander verknüpft und über die Verfassung stellt, ist aus meiner Sicht niemals zu erwarten, weil dann wäre das Regieren grundsätzlich unmöglich.

Die Anzeige wegen Amtsmissbrauch hat keine guten Chancen, weil er Vorsatz beinhaltet. Und den hat sie vermutlich mit ihren Gutachten aus dem Weg geräumt...

Es gibt drei Ebenen aus meiner Sicht. Die erste Ebene ist der Rechtsbruch, der begangen worden ist. Es gibt eine Einigung unter den Landeshauptleuten, die ignoriert wurde. Es gibt hier klare Spielregeln, wie man als Minister in der Europäischen Union abstimmt, wenn das Thema mehrere Ministerien betrifft. Nun wurden mehre-

re Anzeigen angekündigt, und darüber hinaus die Nichtigkeitsklage beim Europäischen Gerichtshof. Hier ist eine Ministerin mit einer Abstimmung in den Rat gegangen, die nicht, wie laut Gesetz vorgesehen, innerstaatlich akkordiert war. Daher war die Abstimmung nicht rechtmäßig.

Warum entlassen Sie sie nicht?

Meine Aufgabe als Bundeskanzler ist es, die Regierung geordnet bis zum 29. September anzuführen. Das habe ich den Menschen versprochen, und dieses Versprechen werde ich halten. Das Verhalten der Ministerin ist aus meiner Sicht aber dennoch nicht akzeptabel. Jetzt haben die Wähler am 29. September die Gelegenheit, abzustimmen und über ihr Verhalten zu urteilen. Was ich vermeiden will, ist Chaos, das wir schon öfter erlebt haben in Österreich. Im sogenannten Spiel der freien Kräfte können Wahlzuckerln beschlossen werden, die Milliarden kosten und die Menschen nachher für Jahrzehnte finanziell belasten – denn sie bezahlen dafür.

Österreich geschadet“



Kanzler Karl Nehammer sprach im Interview mit Rainer Nowak über die aktuelle Regierungskrise.

Foto: Andy Wenzel

Bräuchte der Bundeskanzler eine Richtlinienkompetenz, wie es sie in Deutschland gibt? Die Verfassung ist, glaube ich, gut aufgestellt. Was keine Rechtsordnung an sich verhindern kann, ist, wenn jemand das Recht bricht. Das kann vorkommen. Und das ist in dem Fall vorgekommen.

Werden Sie Gewessler für die Zukunft als Regierungsmitglied wie auch FPÖ-Chef Herbert Kickl ausschließen?

Am 29. September ist die Wahl. Die Frau Ministerin hat dem Ansehen Österreichs, aber vor allem auch der Glaubwürdigkeit inner-

halb der Politik geschadet. Moralische Ansprüche sind offensichtlich irgendwo auf dem Weg verloren gegangen, wenn man Verfassung und Recht bricht.

Wenn man als Kind eine rote Linie überschreitet, und es gibt keine Sanktionen, wird man auch die nächste rote Linie überschreiten. Warum sollten die Grünen den Sidelletter mit dem Kommissarsvorschlag der ÖVP einhalten?

Ich habe mit Werner Kogler bisher die Erfahrung gemacht, dass er das eingehalten hat, was wir vereinbart haben. Es gibt auch

eine Unterschrift von Werner Kogler unter der Vereinbarung.

Sind Sie in Abstimmung mit Ländern, die ebenfalls gegen die Renaturierungsvorschrift vorgehen?

Es war eine ganz knappe Entscheidung in diesem Rat. Wir haben natürlich Verbündete wie Schweden, Finnland und viele andere, die wie wir bereits einen starken Natur- und Umweltschutz leben, aber eben von dieser Überbürokratisierung und Überregulierung genauso betroffen sind.

Rainer Nowak

Thema des Tages



CLAUS PÁNDI

Unkluge Grüne

Mitten in das Getümmel zwischen Kanzlerpartei und Grünen werden heute von Salzburg aus die kleinen Signalfarben nach Wien tuten, dass bald mit größeren politischen Verschiebungen in Österreich zu rechnen sein sollte: Landeshauptmann Wilfried Haslauer von der ÖVP und seine Koalitionspartnerin Marlene Svazek von den Freiheitlichen bitten nämlich überraschend zu einer Vorführung der schwarz-blauen Harmonie. Nach mehr als einem Jahr weitgehend biederer Verwaltungsroutine wollen die Schwarzen und Blauen öffentlich beweisen, wie gut sich die beiden Parteien doch vertragen.

Dass Salzburgs Volkspartei und Freiheitliche ihre Musterbeziehung noch dazu in dem schicken Restaurant von Neos-Star Sepp Schellhorn zeigen, darf durchaus als weiteres Zeichen für eine mögliche Konstellation der nahen Zukunft gewertet werden.

Da können Werner Kogler, Leonore Gewessler und Sigrid Maurer nun zusehen, wohin sie mit ihrem vermeintlichen Natur-Triumph in Brüssel die Grünen geführt haben: ins realpolitische Aus. Nachdem sie Kanzler Nehammer in den Rücken gefallen sind und es sich schon zuvor durch die eher heimtückische Torpedierung des Lobautunnels mit Wiens sozialdemokratischem Bürgermeister Michael Ludwig versichert hatten, wird sich niemand mehr finden, der mit dieser Truppe noch regieren will.

Dann also: Adieu! Im Verständnis der von den Grünen gepredigten politischen Nachhaltigkeit war das alles weder klug noch verantwortungsvoll.

ZITAT ZUM TAG

Jeder Einzelne kann die Welt retten!



Arnold Schwarzenegger vor Klimagipfel in Wien

REGIERUNGSKRISE

Franz Fischler: „Bundeskanzler Nehammer hätte Gewessler entlassen müssen“

Klare Worte zum Renaturierungs-Ja der grünen Umweltministerin Leonore Gewessler findet der frühere EU-Kommissar Franz Fischler (ÖVP). Bundeskanzler Karl Nehammer hätte die Ministerin entlassen müssen, sagt er. „Ich halte es für nicht sehr wahrscheinlich, dass es strafrechtliche Kon-

sequenzen gibt. Aber genau genommen wäre es die konsequente Haltung gewesen, wenn der Kanzler die Ministerin entlassen hätte, erklärt der ehemalige EU-Kommissar im „Krone“-Podcast „Superwahljahr“ mit Rainer Nowak. Die Reaktion der ÖVP mit einer Anzeige wegen Amtsmissbrauch und

einer Nichtigkeitsklage gegen die Verordnung am Europäischen Gerichtshof sei eine „Mischung aus rechtlischem und politischem Kalkül“. Die ÖVP wolle Gewessler einerseits abstrafen, aber gleichzeitig nicht riskieren, dass die Koalition endet.

Fischler lehnt die Renaturierungs-Verordnung ab, weil sie schlecht gemacht sei und viele Fragen offenlasse.

P. Mladenova



Ida Metzger Rainer Nowak

RENATURIERUNG

SPÖ-Chef Babler beruft rote Gremiensitzung zur „Staatskrise“ ein

Die SPÖ sucht nicht nur in der Migrationsfrage nach einer einheitlichen Linie, auch beim Umweltschutz kommen unterschiedliche Signale. Zuletzt bei der heiß diskutierten Renaturierung. Der Schwenk von Wien und Kärnten hat den rechtlichen Murks rund um die Länderblockade über-

haupt möglich gemacht. Dazu setzt es parteiinternen Kritik. Das „ganze Spiel“ sei „seit Wochen durchschaubar und hoch parteipolitisch auf Wahlkampf ausgerichtet“, so Tirols SPÖ-Chef Dornauer. Parteiobmann Andreas Babler hat am Donnerstag zu einer Präsidiumssitzung geladen.